

DEUTSCHSPRACHIGE GEMEINSCHAFT
COMMUNAUTE GERMANOPHONE — DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

MINISTERIUM DER DEUTSCHSPRACHIGEN GEMEINSCHAFT

D. 2010 — 1178

[2010/201918]

15. MÄRZ 2010 — Programmdekret 2010

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft hat das Folgende angenommen und wir, Regierung, sanktionieren es :

KAPITEL 1 — Personenbezogene angelegenheiten

Abschnitt 1 — Dienststelle für Personen mit einer Behinderung

Artikel 1 - Artikel 3 Nummer 1 des Dekrets vom 19. Juni 1990 zur Schaffung einer Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung wird wie folgt ersetzt :

“1. Behinderung : langfristige körperliche, seelische, geistige oder Sinnesbeeinträchtigungen, die die betroffenen Menschen in Wechselwirkung mit verschiedenen Barrieren an der vollen, wirksamen und gleichberechtigten Teilhabe an der Gesellschaft hindern können.”

Art. 2 - In Artikel 6 Nummer 2 desselben Dekrets wird die Wortfolge “drei Vertretern” durch die Wortfolge “fünf Vertretern” ersetzt.

Art. 3 - Artikel 20 § 1 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 16. Dezember 2003, wird wie folgt ersetzt :

“ § 1 - Auf Vorschlag des Verwaltungsrats schafft die Regierung einen Prüfungsausschuss, dessen Aufgaben darin bestehen :

1. auf Anfrage des in Ausführung von Artikel 13 bezeichneten Direktors ein Gutachten abzugeben über Anträge auf Einschreibung von Personen mit einer Behinderung und über individuelle Hilfs- und Betreuungsprogramme der für die soziale und berufliche Integration von Personen mit einer Behinderung erforderlichen Maßnahmen;

2. ein Gutachten darüber abzugeben, ob die therapeutischen Behandlungen, die therapeutisch-technischen Hilfen, die besonderen pädagogischen Hilfsmittel oder die operativen Eingriffe, die ein Kind oder Jugendlicher mit einer Behinderung erhält beziehungsweise denen es/er sich unterzieht, als notwendige Voraussetzung für die soziale Integration zu betrachten sind;

3. Konzepte zur Umsetzung der Behindertenpolitik in der Deutschsprachigen Gemeinschaft auf Grundlage des Übereinkommens der Vereinten Nationen vom 13. Dezember 2006 über die Rechte der Menschen mit Behinderung zu überprüfen und zu begutachten;

4. im Rahmen der von der Regierung festgelegten Bedingungen und Verfahrensregeln Aufträge zur Überprüfung der in Artikel 30 erwähnten Einrichtungen und Vereinigungen durchzuführen.

Der Prüfungsausschuss besteht aus folgenden Mitgliedern :

1. zwei Mitglieder des Verwaltungsrats der Dienststelle, wovon das älteste den Vorsitz des Prüfungsausschusses übernimmt;

2. zwei Fachleute aus dem Bereich der sozialen und beruflichen Integration von Personen mit einer Behinderung;

3. eine Fachperson aus dem Bereich Beschäftigung;

4. eine Fachperson aus dem Bereich Unterricht.

Die Regierung bezeichnet die in Absatz 2 Nummern 1-4 aufgeführten Mitglieder auf Vorschlag des Verwaltungsrats der Dienststelle.

Der Direktor der Dienststelle kann den Sitzungen des Prüfungsausschusses mit beratender Stimme beiwohnen.”

Art. 4 - Artikel 20 § 3bis Absatz 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Dezember 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird wie folgt ersetzt :

“Für die Bearbeitung der Anträge auf therapeutisch-technische Hilfen und besondere pädagogische Hilfsmittel zieht der Prüfungsausschuss zur Begutachtung einen Vertreter der Unterrichtsabteilung des Ministeriums oder der Pädagogischen Inspektion-Beratung hinzu.”

Abschnitt 2 — Notaufnahmewohnungen

Art. 5 - Die Überschrift des Dekrets vom 9. Mai 1994 zur Anerkennung von Einrichtungen für die vorübergehende Aufnahme und Betreuung von Personen in einer Notlage sowie zur Gewährung von Zuschüssen für die Enteignung, den Ankauf, den Bau, die Anmietung, die Instandsetzung und die Ausrüstung von Notaufnahmewohnungen wird wie folgt ersetzt : “Dekret über Notaufnahmewohnungen”.

Art. 6 - In Artikel 1 Absatz 1 desselben Dekrets werden folgende Nummern 3.1-3.3 eingefügt :

“3.1. Wohnung : Einzelwohnung oder Gemeinschaftswohnung im Sinne des Wallonischen Wohngesetzbuches;

3.2. Wohneinheit : Wohnraum oder Wohnräume, der/die innerhalb einer Gemeinschaftswohnung ausschließlich einem Haushalt zur Verfügung steht/stehten;

3.3. Haushalt : alleinstehende Person oder mehrere Personen, die gewöhnlich zusammenwohnen;”.

Art. 7 - Artikel 3 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 4. März 1996, ist aufgehoben.

Art. 8 - Artikel 4 desselben Dekrets wird wie folgt abgeändert :

1. Nummer 2 wird wie folgt ersetzt :

"2. die Einrichtung verfügt mindestens über eine Wohnung;"

2. In Nummer 4 wird die Wortfolge "des zuständigen Öffentlichen Sozialhilfezentrums, des Jugendschutzkomitees, des Familienrates," ersatzlos gestrichen;

3. Nummer 5, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt :

"5. die Notaufnahmewohnung entspricht den in Titel II Kapitel 1 des Wallonischen Wohngesetzbuches vorgesehenen Bestimmungen über die gesundheitlichen Zuverlässigkeitskriterien und die Sicherung gegen Brandgefahr und gegen Vergiftung durch Kohlenmonoxid."

Art. 9 - Artikel 5 Absatz 1 Nummer 5 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt :

"5. im Fall einer Gemeinschaftswohnung, die in Artikel 10 des Wallonischen Wohngesetzbuches vorgesehene Mietgenehmigung oder in Ermangelung dieser, die in Artikel 12 des Wallonischen Wohngesetzbuches vorgesehene provisorische Mietgenehmigung."

Art. 10 - In dasselbe Dekret wird folgender Artikel 5.1 eingefügt :

"Art. 5.1 - Im Falle eines Verdachts auf Nichteinhaltung der in Artikel 4 Nummer 5 vorgesehenen Bestimmungen über die gesundheitliche Zuverlässigkeit und die Sicherung gegen Brandgefahr und gegen Vergiftung durch Kohlenmonoxyd kann die Regierung die Gemeinde, in der sich die in Frage kommende Wohnung befindet, per Einschreiben auffordern, innerhalb einer Frist von einem Monat ab Zustellungsdatum eine Untersuchung anzufragen. Bei der Untersuchung handelt es sich um die in Kapitel 5 des Erlasses vom 30. August 2007 der Wallonischen Regierung über das Verfahren in Sachen Einhaltung der Kriterien betreffend die gesundheitliche Zuverlässigkeit der Wohnungen und das Vorhandensein von Feuermeldeanlagen vorgesehene Untersuchung."

Art. 11 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Art. 6 - Wenn eine oder mehrere der Bedingungen, die der Anerkennung zugrunde lagen oder die für eine Anerkennung erforderlich sind, nicht oder nicht mehr erfüllt sind, kann die Regierung die Anerkennung verweigern, aussetzen oder entziehen. Sie kann jedoch auch eine vorläufige Anerkennung oder die Verlängerung der Anerkennung unter Auflagen für einen begrenzten Zeitraum von höchstens zwei Jahren aussprechen."

Abschnitt 3 - Krankenhausbeirat und Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe

Art. 12 - Die Überschrift des Dekrets vom 20. Oktober 1997 zur Schaffung eines Krankenhausbeirates und eines Beirates für Aufnahmestrukturen für Senioren wird wie folgt ersetzt : "Dekret zur Schaffung eines Krankenhausbeirats und eines Beirats für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe".

Art. 13 - Artikel 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Artikel 1 - Bei der Regierung der Deutschsprachigen Gemeinschaft wird ein Krankenhausbeirat und ein Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe geschaffen."

Art. 14 - In Artikel 2 § 2 Absatz 2 desselben Dekrets werden die Wortfolgen "Der Rat" und "des Rates" jeweils ersetzt durch die Wortfolgen "Das Parlament" und "des Parlaments".

Art. 15 - Die Überschrift von Kapitel III desselben Dekrets wird durch folgende Überschrift ersetzt : "Der Beirat für Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe"

Art. 16 - Artikel 5 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Art. 5 - § 1 - Der Beirat gibt aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung Gutachten oder Empfehlungen in Bezug auf die Angelegenheiten ab, die durch das Dekret vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime und das Dekret vom 16. Februar 2009 über die Dienste der häuslichen Hilfe und die Schaffung einer Beratungsstelle für die häusliche, transmurale und stationäre Hilfe und die diesbezüglichen Ausführungsbestimmungen geregelt werden.

§ 2 - Der Beirat kann darüber hinaus aus eigener Initiative oder auf Antrag der Regierung Gutachten oder Empfehlungen über die künftige Gestaltung der Seniorenpolitik abgeben.

Das Parlament der Deutschsprachigen Gemeinschaft kann durch seinen Präsidenten ein Gutachten des Beirats anfragen. Die Anfrage wird dem Beirat vom zuständigen Minister übermittelt, der dem Präsidenten des Parlaments das erstellte Gutachten vorlegt."

Art. 17 - Artikel 6 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Art. 6 - § 1 - Der Beirat setzt sich zusammen aus :

1. einem in der Deutschsprachigen Gemeinschaft tätigen Allgemeinmediziner, der vorzugsweise in der Koordination der medizinischen Betreuung in einem Altenwohnheim und/oder Alten- und Pflegewohnheim tätig ist und der aus den Vorschlagslisten der Verbände der Allgemeinmediziner ernannt wird;

2. einem Mitglied des leitenden Verwaltungspersonals der Altenwohnheime und/oder Alten- und Pflegewohnheime, das aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt wird;

3. einem Mitglied des leitenden Verwaltungspersonals eines Dienstes der häuslichen Hilfe, das aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt wird;

4. einem Mitglied der in einem Altenwohnheim und/oder Alten- und Pflegewohnheim tätigen Krankenpfleger, das aus den Vorschlagslisten des Berufsverbands ernannt wird;

5. einem Mitarbeiter, der in einem Dienst der häuslichen Hilfe tätig ist, der mit der Begleitung von Nutznießern in der häuslichen Hilfe befasst ist und der aus den Vorschlagslisten der Verwaltungsräte ernannt wird;

6. einem/einer im deutschen Sprachgebiet wohnhaften Senior/in, der/die aus den Vorschlagslisten der kommunalen Seniorenbeiräte ernannt wird.

§ 2 - Für jedes Mitglied des Beirats wird ein Ersatzmitglied vorgeschlagen.

§ 3 - Die Regierung ernennt die Mitglieder und die Ersatzmitglieder aus den Vorschlagslisten für eine Mandatsdauer von vier Jahren.

§ 4 - Innerhalb des Beirats ernennt die Regierung einen Präsidenten für eine erste Mandatsdauer von zwei Jahren und einen anderen Präsidenten für eine Mandatsdauer von weiteren zwei Jahren. Das Mandat des Präsidenten wird einem Mitglied des Beirats, das in einem Altenwohnheim und/oder Alten- und Pflegewohnheim tätig ist, zuerkannt, wenn der ausscheidende Präsident in einem Dienst der häuslichen Hilfe tätig war."

Art. 18 - Artikel 14 desselben Dekrets wird durch folgende Bestimmung ersetzt :

"Art. 14 - In allen Regeltexten, die am Tag des Inkrafttretens des Programmdekrets vom 15. März 2010 Anwendung finden, wird die Wortfolge "Beirat für Aufnahmestrukturen für Senioren" durch die Wortfolge "Beirat für Wohn-, Begleit und Pflegestrukturen für Senioren sowie für die häusliche Hilfe" ersetzt."

Abschnitt 4 — Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und psychiatrische Pflegewohnheime

Art. 19 - In Artikel 13 des Dekrets vom 4. Juni 2007 über die Wohn-, Begleit- und Pflegestrukturen für Senioren und über die psychiatrischen Pflegewohnheime wird nach Absatz 2 folgender Absatz eingefügt :

"Die Regierung kann darüber hinaus externe Sachverständige mit der Untersuchung und Begutachtung eines Betreuungsangebots und eines psychiatrischen Pflegewohnheims beauftragen. In diesem Fall verfügen die beauftragten Sachverständigen über die in den Absätzen 1 und 2 erwähnten Befugnisse."

KAPITEL 2 — Gemeinschaftszentren

Art. 20 - Artikel 8ter § 1 des Dekrets vom 20. Dezember 1999 zur Abänderung des Dekretes vom 21. Januar 1991 zur Aufhebung und Reorganisation der Haushaltsfonds sowie zur Gründung der Dienststelle mit getrennter Geschäftsführung "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken", eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird wie folgt ersetzt :

"§ 1 - Jedes Zentrum hat einen Beirat. Haben mehrere Zentren ihren Sitz in ein und derselben Gemeinde, wird nur ein Beirat für diese Zentren eingerichtet.

Die Beiräte haben folgende Aufgaben :

1. Beratung der Direktion in allen Fragen der Geschäftsführung, insbesondere in Sachen Angebots- und Produktentwicklung, Finanzen und Personal;
2. Beratung der Regierung in allen Fragen, die das Zentrum betreffen."

Art. 21 - In Artikel 8ter § 2 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird nach dem 2. Spiegelstrich folgender Spiegelstrich eingefügt :

"- die Amtszeit der Beiräte der Dauer der Legislaturperiode des Parlaments der Deutschsprachigen Gemeinschaft entspricht."

Art. 22 - Artikel 8ter § 3 desselben Dekrets, eingefügt durch das Dekret vom 3. Februar 2003 und abgeändert durch das Dekret vom 16. Juni 2008, wird aufgehoben.

KAPITEL 3 — Kulturelle Angelegenheiten

Art. 23 - In Artikel 10 § 1 Absatz 3 des Dekrets vom 23. März 1992 zur Gewährung von Zuschüssen zu den Personalkosten der anerkannten kreativen Ateliers sowie Jugendorganisationen, Jugendzentren und Jugenddiensten, ersetzt durch das Dekret vom 14. Dezember 1998 und abgeändert durch das Dekret vom 20. Februar 2006, wird in fine folgender Satz eingefügt : "Jedoch behalten anerkannte Jugendzentren, die vor Inkrafttreten ihres Leistungsauftrags aufgrund der in Absatz 2 vorgesehenen Regelung Anrecht auf Bezuschussung von mehr als einer ganzzahligen Animatorenstelle hatten, dieses Anrecht für den Zeitraum der Geltungsdauer des Leistungsauftrags".

Art. 24 - In den Artikeln 1 und 2 des Dekrets vom 17. Februar 2003 über die Anerkennung und Förderung der Verschönerungsvereine, Verkehrsvereine und deren Dachverbände sowie der Informationsbüros und Informationsstellen wird Nummer 4 jeweils aufgehoben.

Art. 25 - In demselben Dekret wird das Wort "Informationsstelle" bzw. "Informationsstellen" und seine Deklinationen durch das Wort "Infopunkt" bzw. "Infopunkte" und seine Deklinationen ersetzt.

KAPITEL 4 — Denkmalschutz

Art. 26 - Artikel 13 § 3 des Dekrets vom 23. Juni 2008 über den Schutz der Denkmäler, Kleindenkmäler, Ensembles und Landschaften sowie über die Ausgrabungen wird wie folgt abgeändert :

1. In Absatz 1 wird folgende Nummer 4 eingefügt :
"4. insofern vorhanden, Architektenpläne der Veränderungsarbeiten.;"
2. in Absatz 2 wird nach dem ersten Satz folgender Satz eingefügt : "Darüber hinaus kann die Regierung weitere Unterlagen anfordern.;"
3. in Absatz 3 wird die Wortfolge "an dem der Antrag der Regierung zugestellt wurde" durch die Wortfolge "an dem die Regierung den Antrag auf Begutachtung zugestellt hat" ersetzt.

Art. 27 - In Artikel 13 § 6 desselben Dekrets wird zwischen das Wort "Kommission" und das Wort "verzichten" die Wortfolge "und des Gemeindegremiums" eingefügt.

KAPITEL 5 — Infrastruktur

Art. 28 - In Artikel 15 Absatz 3 des Dekrets vom 18. März 2002 zur Infrastruktur wird der Betrag "400.000 Euro" durch den Betrag "500.000 Euro" ersetzt.

Art. 29 - Artikel 42 desselben Dekrets wird aufgehoben.

KAPITEL 6 — Lokale Behörden

Art. 30 - In Artikel 1 Absatz 1 des Dekrets vom 20. Dezember 2004 zur Regelung der gewöhnlichen Verwaltungsaufsicht über die Gemeinden des deutschen Sprachgebiets wird nach dem Wort "Gemeinderegien" die Wortfolge "die Interkommunalen, die ausschließlich aus Gemeinden des deutschen Sprachgebiets zusammengesetzt sind," eingefügt.

Art. 31 - Artikel 2 Nummer 2 desselben Dekretes, abgeändert durch das Dekret vom 19. Mai 2008, wird wie folgt abgeändert :

1. Die Wortfolge "Bürgermeister- und Schöffenkollegium" wird durch das Wort "Gemeindekollegium" ersetzt;
2. das Wort "sowie" wird durch ein Komma ersetzt und nach dem Wort "Gemeinderegien" wird die Wortfolge "sowie der Verwaltungsrat und die Generalversammlung der Interkommunalen" eingefügt.

Art. 32 - Artikel 7 desselben Dekrets, abgeändert durch das Dekret vom 27. April 2009, wird wie folgt abgeändert :

1. Nach dem Wort "Kirchenfabrikates" wird die Wortfolge "und des Verwaltungsrats der Interkommunalen" eingefügt.
2. Es wird folgender Absatz 2 eingefügt :
"Außerdem übermittelt der Verwaltungsrat der Interkommunalen der Regierung die Einladungen zur Generalversammlung mit der entsprechenden Tagesordnung zeitgleich mit der Einladung an die Mitglieder."

Art. 33 - Artikel 8 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Unbeschadet der Anwendung von Artikel 7 und Kapitel III übermittelt die jeweilige untergeordnete Behörde der Regierung innerhalb von fünfzehn Tagen nach der Beschlussfassung eine Kopie der Beschlüsse, die sich auf folgende Bereiche beziehen :

1. Gemeindesteuern und -gebühren;
2. Festlegung der Gemeindedotation für die Polizeizone;
3. Aufnahme von Anleihen;
4. Neuverteilung der finanziellen Lasten der gezeichneten Anleihen;
5. Gewährung von Garantien;
6. Ausgaben wegen dringender und unvorhergesehener Umstände."

Art. 34 - Artikel 12 Nummern 1-3 desselben Dekrets werden wie folgt ersetzt :

- "1. die Haushaltspläne, die Haushaltsplanänderungen und die Übertragungen von Haushaltsmitteln für Ausgaben;
2. der Stellenplan und das Verwaltungs- und Besoldungsstatut der Bediensteten;
3. die Rechnungen;"

Art. 35 - Artikel 14 Absatz 1 desselben Dekrets wird wie folgt ersetzt :

"Die Regierung kann einen Sonderkommissar bezeichnen, wenn die untergeordnete Behörde es versäumt, die verlangten Auskünfte oder Angaben zu erteilen oder die Maßnahmen durchzuführen, die - abgesehen vom Gesetz vom 7. Dezember 1998 über den auf zwei Ebenen strukturierten integrierten Polizeidienst und seiner Ausführungserlasse - durch die Gesetze, Dekrete, Erlasse, Verordnungen, Satzungen oder durch einen rechtskräftigen gerichtlichen Beschluss vorgeschrieben sind."

Art. 36 - In Artikel 29 § 1 Absatz 2 des Dekrets vom 19. Mai 2008 über die materielle Organisation und die Funktionsweise der anerkannten Kulte wird in fine folgende Wortfolge eingefügt : ", es sei denn, der so errechnete Betrag ist niedriger als 300 Euro".

Art. 37 - In Artikel 38 Absatz 1 desselben Dekrets wird nach dem Wort "Gemeinderatsbeschlusses" die Wortfolge "oder nach Ablauf der in Artikel 36 Absatz 2 vorgesehenen Frist" eingefügt.

KAPITEL 7 — *Schlussbestimmungen*

Art. 38 - Die Artikel 12-18 treten am 14. Oktober 2010 in Kraft.

Artikel 23 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2008 in Kraft.

Artikel 29 tritt am 1. Januar 2011 in Kraft.

Artikel 36 tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2010 in Kraft.

Wir fertigen das vorliegende Dekret aus und ordnen an, dass es durch das *Belgisches Staatsblatt* veröffentlicht wird.

Eupen, den 15. März 2010

K.-H. LAMBERTZ

Ministerpräsident, Minister für lokale Behörden

O. PAASCH

Minister für Unterricht, Ausbildung und Beschäftigung

Frau I. WEYKMANS

Ministerin für Kultur, Medien und Tourismus

H. MOLLERS

Minister für Familie, Gesundheit und Soziales

—
Fußnote

Sitzungsperiode 2009-2010

Nummerierte Dokumente : Nr. 1 Vorschlag

Nr. 2 Abänderungsvorschläge

Nr. 3 Bericht (+ Erratum)

Ausführlicher Bericht : 15. März 2010 Nr. 9 Diskussion und Abstimmung

TRADUCTION

MINISTERE DE LA COMMUNAUTE GERMANOPHONE

F. 2010 — 1178

[2010/201918]

15 MARS 2010. — Décret-programme 2010

Le Parlement de la Communauté germanophone a adopté et Nous, Gouvernement, sanctionnons ce qui suit :

CHAPITRE 1^{er}. — *Matières personnalisables*Section 1^{re}. — Office pour les personnes handicapées

Article 1^{er}. L'article 3, 1^o, du décret du 19 juin 1990 portant création d'un " Dienststelle der Deutschsprachigen Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung " (Office de la Communauté germanophone pour les personnes handicapées) est remplacé par ce qui suit :

"1^o handicap : incapacité physique, mentale, intellectuelle ou sensorielle durable dont l'interaction avec diverses barrières peut faire obstacle à la pleine et effective participation de l'intéressé à la société sur la base de l'égalité avec les autres."

Art. 2. À l'article 6, 2^o, du même décret, les mots "trois représentants" sont remplacés par "cinq représentants".

Art. 3. L'article 20, § 1^{er}, du même décret, modifié par le décret du 16 décembre 2003, est remplacé par ce qui suit

"§ 1^{er} - Le Gouvernement crée, sur proposition du Conseil d'administration, une commission d'évaluation chargée :

1^o de donner, à la demande du directeur désigné en application de l'article 13, un avis sur les demandes d'inscription de personnes handicapées et sur des programmes individuels d'aide et d'encadrement, mesures nécessaires à l'intégration sociale et professionnelle de personnes handicapées;

2^o de donner un avis pour déterminer si les traitements thérapeutiques, les aides technico-thérapeutiques, les moyens pédagogiques spéciaux, les interventions chirurgicales dont un enfant/un jeune handicapé bénéficie ou auxquels il se soumet doivent être considérés ou non comme condition sine qua non pour l'intégration sociale;

3^o sur la base de la Convention des Nations Unies du 13 décembre 2006 relative aux droits des personnes handicapées, de vérifier des concepts pour la mise en oeuvre de la politique des handicapés en Communauté germanophone et de donner un avis à leur sujet;

4^o dans le cadre des conditions et règles de procédure fixées par le Gouvernement, de contrôler les établissements et associations mentionnés à l'article 30.

La Commission d'évaluation est composée :

1^o de deux membres du conseil d'administration de l'Office, le plus âgé assurant la présidence de la commission;

2^o de deux membres spécialistes en matière d'intégration sociale et professionnelle des personnes handicapées;

3^o d'un membre spécialiste en matière d'emploi;

4^o d'un membre spécialiste en matière d'enseignement.

Le Gouvernement désigne les membres mentionnés à l'alinéa 2, 1^o à 4^o, sur proposition du conseil d'administration de l'Office.

Le directeur de l'Office peut assister avec voix délibérative aux réunions de la commission d'évaluation."

Art. 4. L'article 20, § 3bis, alinéa 2, du même décret, inséré par le décret du 16 décembre 2003 et modifié par le décret du 20 février 2006, est remplacé comme suit :

"Pour examiner les demandes d'aide technico-thérapeutiques et de moyens pédagogiques spéciaux et rendre un avis, la commission d'évaluation fait appel à un représentant de la Division Enseignement du Ministère ou de l'Inspection-guidance pédagogique."

Section 2. — Habitations destinées à l'accueil d'urgence

Art. 5. L'intitulé du décret du 9 mai 1994 portant agrégation d'institutions accueillant et encadrant provisoirement des personnes en détresse et portant octroi de subsides en vue de l'expropriation, l'achat, la construction, la location, la remise en état et l'équipement d'habitations destinées à l'accueil d'urgence est remplacé par ce qui suit :

"Décret relatif aux habitations destinées à l'accueil d'urgence".

Art. 6. L'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du même décret est complété par les 3.1 à 3.3 rédigés comme suit :

"3.1 habitation : logement individuel ou collectif au sens du Code wallon du logement;

3.2 unité de logement : pièce(s) d'habitation située(s) au sein d'un logement collectif et réservée(s) à l'usage exclusif d'un ménage;

3.3 ménage : personne isolée ou plusieurs personnes vivant habituellement ensemble;"

Art. 7. L'article 3 du même décret, modifié par le décret du 4 mars 1996, est abrogé.

Art. 8. À l'article 4 du même décret, les modifications suivantes sont apportées :

1^o le 2^o est remplacé par ce qui suit :

"2^o l'institution dispose au moins d'un logement;"

2^o au 4^o, les mots "du centre public d'aide sociale compétent, du comité pour la protection de la jeunesse, du conseil de famille," sont abrogés;

3^o le 5^o, inséré par le décret du 16 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

"5^o l'habitation destinée à l'accueil d'urgence est conforme aux dispositions relatives aux critères de salubrité et à la sécurité contre les risques d'incendie des logements et contre l'intoxication par le monoxyde de carbone prévues au titre II, chapitre 1^{er}, du Code wallon du logement."

Art. 9. L'article 5, alinéa 1^{er}, 5^o, du même décret, modifié par le décret du 16 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

"5^o dans le cas d'un logement collectif, le permis de location prévu à l'article 10 du Code wallon du logement ou, à défaut, le permis de location provisoire prévu à l'article 12 de ce code."

Art. 10. Un article 5.1, rédigé comme suit, est inséré dans le même décret :

"Art. 5.1. — S'il existe un soupçon de non respect des dispositions prévues à l'article 4, 5^o, relatives aux critères de salubrité et à la sécurité contre les risques d'incendie des logements et contre l'intoxication par le monoxyde de carbone, le Gouvernement peut, par recommandé, inviter la commune où se situe le logement à demander une enquête dans un délai d'un mois à dater de la date de notification. L'enquête est celle prévue au chapitre 5 de l'arrêté du Gouvernement wallon du 30 août 2007 relatif à la procédure en matière de respect des critères de salubrité des logements et de la présence de détecteurs d'incendie."

Art. 11. L'article 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

"Art. 6 - Lorsqu'une ou plusieurs des conditions requises pour l'agrément ne sont pas ou plus remplies, le Gouvernement peut refuser, suspendre ou retirer l'agrément. Toutefois, il peut aussi accorder une agrément provisoire ou une prolongation conditionnelle de l'agrément pour une période limitée de deux ans maximum."

Section 3. — Commission consultative pour les hôpitaux et commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile

Art. 12. L'intitulé du décret du 20 octobre 1997 portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux et d'une Commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors est remplacé par ce qui suit :

"Décret portant création d'une Commission consultative pour les hôpitaux et d'une Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile".

Art. 13. L'article 1^{er} du même décret est remplacé par ce qui suit :

"Article 1^{er} - Il est créé, auprès du Gouvernement de la Communauté germanophone, une Commission consultative pour les hôpitaux et une Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile."

Art. 14. À l'article 2, § 2, alinéa 2, du même décret, le mot "Conseil" est chaque fois remplacé par le mot "Parlement".

Art. 15. L'intitulé du chapitre III du même décret est remplacé par ce qui suit : "Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile".

Art. 16. L'article 5 du même décret est remplacé par ce qui suit :

"Art. 5 - § 1^{er} - La Commission consultative émet, d'initiative ou à la demande du Gouvernement, des avis ou recommandations quant aux matières réglées par le décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques, le décret du 16 février 2009 concernant les services d'aide à domicile et créant un bureau de consultation pour l'aide à domicile, semi-résidentielle et résidentielle et par les dispositions d'exécution y relatives.

§ 2 - En outre, la Commission consultative peut, d'initiative ou à la demande du Gouvernement, émettre des avis ou recommandations sur l'organisation future de la politique des personnes âgées.

Le Parlement de la Communauté germanophone peut, par l'intermédiaire de son président, demander un avis à la Commission consultative. La demande est transmise à la Commission consultative par le Ministre compétent, lequel remettra l'avis rendu au Président du Parlement."

Art. 17. L'article 6 du même décret est remplacé par ce qui suit :

"Art. 6 - § 1^{er} - La Commission consultative est composée :

1^o un médecin généraliste actif en Communauté germanophone qui, de préférence, est impliqué dans la coordination des soins médicaux dans une maison de repos pour personnes âgées et/ou une maison de repos et de soins et nommé sur proposition des associations de médecins généralistes;

2^o un membre du personnel administratif dirigeant des maisons de repos pour personnes âgées et/ou des maisons de repos et de soins, nommé sur proposition des conseils d'administration;

3^o un membre du personnel administratif dirigeant d'un service d'aide à domicile, nommé sur proposition des conseils d'administration;

4^o un membre du personnel infirmier occupé dans les maisons de repos pour personnes âgées et/ou maisons de repos et de soins, nommé sur proposition de la fédération professionnelle;

5^o un membre occupé dans un service d'aide à domicile, chargé d'accompagner des utilisateurs et nommé sur proposition des conseils d'administration;

6^o une personne âgée domiciliée en région de langue allemande et nommée sur proposition des conseils consultatifs communaux des personnes âgées.

§ 2 - Un membre suppléant est proposé pour chaque membre effectif.

§ 3 - Le Gouvernement nomme les membres effectifs et suppléants parmi ceux proposés; le mandat a une durée de quatre ans.

§ 4 - Au sein de la commission consultative, le Gouvernement nomme un président pour une première période de deux ans et un autre pour les deux années restantes. Le mandat de président est attribué à un membre de la commission consultative occupé dans une maison de repos pour personnes âgées et/ou une maison de repos et de soins si le président sortant était occupé dans un service d'aide à domicile."

Art. 18. L'article 14 du même décret est remplacé par ce qui suit :

"Art. 14 - Dans tous les textes réglementaires applicables au jour de l'entrée en vigueur du décret-programme du 15 mars 2010, la dénomination "Commission consultative pour les structures d'accueil pour seniors" est remplacée par "Commission consultative pour les structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées ainsi que pour l'aide à domicile"."

*Section 4. — Structures d'hébergement, d'accompagnement
et de soins pour personnes âgées et maisons de soins psychiatriques*

Art. 19. L'article 13 du décret du 4 juin 2007 relatif aux structures d'hébergement, d'accompagnement et de soins pour personnes âgées et aux maisons de soins psychiatriques est complété par un troisième alinéa, rédigé comme suit :

"En outre, le Gouvernement peut charger des experts externes de contrôler une offre de soins ou une maison de soins psychiatrique et d'émettre un avis à son sujet. Dans ce cas, les experts délégués disposent des compétences mentionnées aux alinéas 1 et 2."

CHAPITRE 2. — Centres communautaires

Art. 20. L'article 8^{ter}, § 1^{er}, du décret du 20 décembre 1999 modifiant le décret du 21 janvier 1991 portant suppression et réorganisation des fonds budgétaires et instituant le "Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken" (Centre sportif, touristique et de loisirs de Worriken), service à gestion autonome, inséré par le décret du 3 février 2003 et modifié par le décret du 16 juin 2008, est remplacé par ce qui suit :

"§ 1^{er} - Chaque centre a un conseil consultatif. Si plusieurs centres ont leur siège dans une seule et même commune, il est institué un seul conseil consultatif pour ces centres.

Les conseils consultatifs ont pour mission :

1° de conseiller la Direction pour toutes les questions touchant la gestion, notamment en matière de développement d'offres et de produits, de finances et de personnel;

2° de conseiller le Gouvernement pour toute question relative au centre."

Art. 21. L'article 8^{ter}, § 2, du même décret, inséré par le décret du 3 février 2003 et modifié par le décret du 20 février 2006, est complété par un troisième tiret rédigé comme suit :

"- la durée du mandat des conseils consultatifs correspond à la durée de la législature du Parlement de la Communauté germanophone."

Art. 22. L'article 8^{ter}, § 3, du même décret, inséré par le décret du 3 février 2003 et modifié par le décret du 16 juin 2008, est abrogé.

CHAPITRE 3. — Matières culturelles

Art. 23. L'article 10, § 1^{er}, alinéa 3, du décret du 23 mars 1992 accordant des subventions destinées aux frais de personnel encourus par les ateliers créatifs reconnus ainsi que par les organisations de jeunesse, centres de jeunesse et services pour jeunes reconnus, remplacé par le décret du 14 décembre 1998 et modifié par le décret du 20 février 2006, est complété par la phrase suivante :

"Toutefois, les centres de jeunesse reconnus qui avaient droit au subventionnement de plus d'un emploi d'animateur à temps plein avant l'entrée en vigueur de leur marché de services conservent ce droit pour toute la durée de ce marché."

Art. 24. Dans les articles 1 et 2 du décret du 17 février 2003 relatif à la reconnaissance et à la promotion des comités d'embellissement, syndicats d'initiative et de leurs associations faitières, ainsi que des bureaux d'information et points d'information, le 4^o est chaque fois abrogé.

Art. 25. (Concerne uniquement le texte allemand.)

CHAPITRE 4. — Protection des monuments

Art. 26. Dans l'article 13, § 3, du décret du 23 juin 2008 relatif à la protection des monuments, du petit patrimoine, des ensembles et sites, ainsi qu'aux fouilles, les modifications suivantes sont apportées :

1° l'alinéa 1^{er} est complété par un 4^o, rédigé comme suit :

"4^o pour autant qu'ils existent, des plans d'architecte pour les transformations.";

2° dans l'alinéa 2, la phrase suivante est insérée après la première : "En outre, le Gouvernement peut exiger d'autres documents.";

3° (ne concerne pas le texte français).

Art. 27. L'article 13, § 6, du même décret est complété par les mots "et du collège communal".

CHAPITRE 5. — Infrastructure

Art. 28. À l'article 15, alinéa 3, du décret du 18 mars 2002 relatif à l'infrastructure, les mots "euro 400.000" sont remplacés par les mots "500.000 euros".

Art. 29. L'article 42 du même décret est abrogé.

CHAPITRE 6. — Pouvoirs locaux

Art. 30. À l'article 1^{er}, alinéa 1^{er}, du décret du 20 décembre 2004 organisant la tutelle administrative ordinaire sur les communes de la Région de langue allemande, les mots "les intercommunales regroupant exclusivement des communes de la région de langue allemande," sont insérés après les mots "régions communales autonomes".

Art. 31. À l'article 2, 2^o, du même décret, modifié par le décret du 19 mai 2008, les modifications suivantes sont apportées :

1° les mots "le collège des bourgmestre et échevins" sont remplacés par les mots "le collège communal";

2° les mots "ainsi que" sont remplacés par une virgule et les mots "ainsi que le conseil d'administration et l'assemblée générale des intercommunales" sont insérés après les mots "régions communales autonome".

Art. 32. À l'article 7 du même décret, modifié par le décret du 27 avril 2009, les modifications suivantes sont apportées :

- 1° les mots "et du conseil d'administration des intercommunales" sont insérés après les mots "fabriques d'églises";
- 2° l'article est complété par un deuxième alinéa, rédigé comme suit :

"En outre, le conseil d'administration des intercommunales transmet au Gouvernement les invitations à l'assemblée générale, avec l'ordre du jour correspondant, en même temps qu'il adresse l'invitation aux membres."

Art. 33. L'article 8, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

"Sans préjudice de l'application de l'article 7 et du chapitre III, l'autorité subordonnée transmet au Gouvernement, dans les quinze jours suivant la prise de décision, une copie des décisions se rapportant :

- 1° aux taxes et redevances communales;
- 2° à la fixation de la dotation communale pour la zone de police;
- 3° aux emprunts contractés;
- 4° à la nouvelle répartition des charges financières pour les emprunts contractés;
- 5° à l'octroi de garanties;
- 6° aux dépenses pour circonstances urgentes et imprévues."

Art. 34. L'article 12, 1° à 3°, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

- "1° les budgets, les modifications budgétaires et les transferts de crédits de dépenses;
- 2° le plan de personnel et les statuts administratif et pécuniaire des agents;
- 3° les comptes;"

Art. 35. L'article 14, alinéa 1^{er}, du même décret, est remplacé par ce qui suit :

"Le Gouvernement peut désigner un commissaire spécial lorsque l'autorité subordonnée reste en défaut de fournir les renseignements et éléments demandés ou de mettre en exécution les mesures prescrites par les lois, décrets, arrêtés, règlements ou statuts ou par une décision de justice coulée en force de chose jugée, à l'exception de la loi du 7 décembre 1998 organisant un service de police intégré, structuré à deux niveaux, et de ses arrêtés d'exécution."

Art. 36. L'article 29, § 1^{er}, alinéa 2, du décret du 19 mai 2008 relatif à l'organisation matérielle et au fonctionnement des cultes reconnus est complété par les mots suivants : "à moins que le montant ainsi calculé soit inférieur à 300 euros."

Art. 37. À l'article 38, alinéa 1^{er}, du même décret, les mots "ou l'expiration du délai prévu à l'article 36, alinéa 2" sont insérés après les mots "conseil communal".

CHAPITRE 7. — Dispositions finales

Art. 38. Les articles 12 à 18 entrent en vigueur le 14 octobre 2010.

L'article 23 produit ses effets le 1^{er} janvier 2008.

L'article 29 entre en vigueur le 1^{er} septembre 2011.

L'article 36 produit ses effets le 1^{er} janvier 2010.

Promulguons le présent décret et ordonnons qu'il soit publié au *Moniteur belge*.

Eupen, le 15 mars 2010.

K.-H. LAMBERTZ,
Ministre-Président, Ministre des Pouvoirs locaux
O. PAASCH,
Ministre de l'Enseignement, de la Formation et de l'Emploi
Mme I. WEYKMANS,
Ministre de la Culture, des Médias et du Tourisme
H. MOLLERS,
Ministre de la Famille, de la Santé et des Affaires sociales

Note

Session 2009-2010

Documents parlementaires : N° 1 Proposition de décret

N° 2 Propositions d'amendement

N° 3 Rapport (+ Erratum)

Compte rendu intégral : 15 mars 2010, N° 9 Discussion et vote

VERTALING

MINISTERIE VAN DE DUITSTALIGE GEMEENSCHAP

N. 2010 — 1178

[2010/201918]

15 MAART 2010. — Programmadecreet 2010

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap heeft aangenomen en Wij, Regering, bekrachtigen hetgeen volgt :

HOOFDSTUK 1. — *Persoonsgebonden Aangelegenheden**Afdeling 1. — Dienst voor de personen met een handicap*

Artikel 1. Artikel 3, 1^o, van het decreet van 19 juni 1990 houdende oprichting van een " Dienststelle der Deutschsprachige Gemeinschaft für Personen mit einer Behinderung " (Dienst van de Duitstalige Gemeenschap voor de personen met een handicap) wordt vervangen als volgt :

"1^o handicap : langdurige fysieke, mentale, intellectuele of zintuiglijke beperking die de betrokkene in wisselwerking met diverse drempels kunnen beletten volledig, effectief en op voet van gelijkheid met anderen te participeren in de samenleving."

Art. 2. In artikel 6, 2^o, van hetzelfde decreet worden de woorden "drie vertegenwoordigers" vervangen door de woorden "vijf vertegenwoordigers".

Art. 3. Artikel 20, § 1, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 16 december 2003, wordt vervangen als volgt :

"§ 1 - Op de voordracht van de Raad van bestuur richt de Regering een evaluatiecommissie op die als opdracht heeft :

1^o op verzoek van de directeur, aangewezen met toepassing van artikel 13, een advies te geven over de aanvragen om inschrijving van personen met een handicap en over individuele hulp- en begeleidingsprogramma's, maatregelen die noodzakelijk zijn voor de socio-professionele integratie van de personen met een handicap;

2^o een advies te geven om te bepalen of de therapeutische behandelingen, technisch-therapeutische hulpverlening, buitengewone pedagogische hulpmiddelen en heelkundige ingrepen die een kind of jongere met een handicap geniet of waaraan hij zich onderwerpt al dan niet noodzakelijk zijn voor de maatschappelijke integratie;

3^o op basis van het VN-Verdrag van 13 december 2006 inzake de rechten van personen met een handicap concepten m.b.t. de omzetting van het gehandicaptenbeleid in de Duitstalige Gemeenschap te verifiëren en erover een advies te geven;

4^o in het kader van de door de Regering bepaalde voorwaarden en procedureregels opdrachten vervullen om de in artikel 30 bedoelde inrichtingen en verenigingen te controleren.

De evaluatiecommissie bestaat uit :

1^o twee leden van de Raad van beheer van de Dienst, waarbij het oudste het voorzitterschap van de evaluatiecommissie waarneemt;

2^o twee leden gespecialiseerd in de socio-professionele integratie van personen met een handicap;

3^o een lid gespecialiseerd in de tewerkstelling;

3^o een lid gespecialiseerd in het onderwijs.

De Regering wijst de in lid 2, 1^o à 4^o, bedoelde leden aan op voordracht van de Raad van beheer van de Dienst.

De directeur van de Dienst kan de zittingen van de evaluatiecommissie met beslissende stem bijwonen."

Art. 4. Artikel 20, § 3, lid 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 december 2003 en gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006, wordt vervangen als volgt :

"Om de aanvragen om technisch-therapeutische hulpverlening en buitengewone pedagogische hulpmiddelen te behandelen en een advies uit te brengen, doet de evaluatiecommissie een beroep op één vertegenwoordiger van de Onderwijsafdeling van het Ministerie of van de pedagogische inspectie-begeleiding."

Afdeling 2. — Noodopvangwoningen

Art. 5. Het opschrift van het decreet van 9 mei 1994 houdende de erkenning van inrichtingen die personen in een noodtoestand voorlopig opnemen en begeleiden en houdende toekenning van toelagen met het oog op de onteigening, de aankoop, de bouw, de huur, de reparatie en de uitrusting van noodopvangwoningen wordt vervangen als volgt : "Decreet betreffende de noodopvangwoningen".

Art. 6. Artikel 1, lid 1, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de bepalingen onder 3.1 à 3.3, luidende :

"3.1 woning : eengezinswoning of gemeenschappelijke woning in de zin van de Waalse huisvestingscode;

3.2 wooneenheid : woonruimte(s) voor individueel gebruik van een gezin binnen een gemeenschappelijke woning;

3.3 gezin : alleenstaande persoon of meerdere personen die doorgaans samenwonen;"

Art. 7. Artikel 3 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 4 maart 1996, wordt opgeheven.

Art. 8. In artikel 4 van hetzelfde decreet, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1^o de bepaling onder 2^o wordt vervangen als volgt :

"2^o de inrichting beschikt ten minste over één woning;"

2^o in de bepaling onder 4^o worden de woorden "van het bevoegd openbaar centrum voor maatschappelijk welzijn, van het comité voor de jeugdbescherming, van de familieraad," opgeheven;

3^o de bepaling onder 5^o, ingevoegd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

"5^o de noodopvangwoning voldoet aan de bepalingen van titel II, hoofdstuk 1, van de Waalse huisvestingscode m.b.t. de gezondheids- en veiligheidscriteria tegen brandrisico's in woningen en tegen vergiftiging door koolstofdioxide."

Art. 9. Artikel 5, lid 1, 5°, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

"5° bij een gemeenschappelijke woning, de in artikel 10 van de Waalse huisvestingscode bepaalde verhuurvergunning of, bij gebreke ervan, de in artikel 12 van dezelfde code bepaalde voorlopige verhuurvergunning."

Art. 10. In hetzelfde decreet wordt een artikel 5.1. ingevoegd, luidende :

"Art. 5.1. — Bij vermoeden van niet-naleving van de in artikel 4, 5°, bedoelde bepalingen m.b.t. de gezondheids- en veiligheidscriteria tegen brandrisico's in woningen en tegen vergiftiging door koolstofmonoxide kan de Regering de gemeente waar de betrokken woning gelegen is, per aangetekende brief uitnodigen binnen de maand na de betekening om een onderzoek te verzoeken. Bij het onderzoek gaat het om het onderzoek bepaald in artikel 5 van het besluit van de Waalse Regering van 30 augustus 2007 betreffende de procedure inzake de naleving van de gezondheidsnormen voor woningen en de aanwezigheid van branddetectors."

Art. 11. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 6 - Indien één of meerdere voor de erkenning opgelegde voorwaarden niet of niet meer vervuld zijn, kan de Regering de erkenning weigeren, opschorten of intrekken. Zij kan echter ook een voorlopige erkenning of de voorwaardelijke verlenging van de erkenning voor een beperkte termijn van ten hoogste twee jaar toekennen."

Afdeling 3. — Adviescommissie voor de ziekenhuizen en Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp

Art. 12. Het opschrift van het decreet van 20 oktober 1997 houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden wordt vervangen als volgt : "Decreet houdende oprichting van een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en van een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp".

Art. 13. Artikel 1 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Artikel 1 - Bij de Regering van de Duitstalige Gemeenschap worden een Adviescommissie voor de ziekenhuizen en een Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp opgericht."

Art. 14. In artikel 2, § 2, lid 2, van hetzelfde decreet worden de woorden "de Raad" vervangen door de woorden "het Parlement".

Art. 15. Het opschrift van hoofdstuk III van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt : "Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp"

Art. 16. Artikel 5 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 5 - § 1 - De Adviescommissie brengt op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen of aanbevelingen uit m.b.t. de aangelegenheden die geregeld worden door het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen, het decreet van 16 februari 2009 betreffende de thuishulpdiensten en houdende oprichting van een consultatiebureau voor thuishulp, transmurale en stationaire hulp en de bepalingen ter uitvoering ervan.

§ 2 - Bovendien kan de Adviescommissie op eigen initiatief of op verzoek van de Regering adviezen of aanbevelingen over de toekomstige organisatie van het bejaardenbeleid uitbrengen.

Het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap kan door bemiddeling van zijn voorzitter een advies bij de Adviescommissie inwinnen. Het verzoek wordt aan de Adviescommissie door de bevoegde Minister toegestuurd; deze legt het uitgebracht advies aan de voorzitter van het Parlement voor."

Art. 17. Artikel 6 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 6 - § 1 - De Adviescommissie bestaat uit :

1° een in de Duitstalige Gemeenschap werkende algemene geneeskundige, bij voorkeur belast met de coördinatie van de medische begeleiding in een bejaardentehuis en/of een rust- en verzorgingstehuis, en benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de huisartsenverenigingen;

2° een lid van het leidend bestuurspersoneel van de bejaardentehuizen en/of rust- en verzorgingstehuizen, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de raden van bestuur;

3° een lid van het leidend bestuurspersoneel van een dienst voor thuishulp, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de raden van bestuur;

4° een lid van het verpleegkundig personeel werkend in een bejaardentehuis en/of een rust- en verzorgingstehuis, benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de beroepsbonden;

5° een medewerker van een thuishulpdienst, belast met de begeleiding van gebruikers en benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de raden van bestuur;

6° een bejaarde woonachtig in het Duitse taalgebied en benoemd op basis van de voordrachten voorgelegd door de gemeentelijke adviescommissies voor bejaarden.

§ 2 - Voor elk werkend lid van de Adviescommissie wordt een plaatsvervangend lid voorgesteld.

§ 3 - De werkende en plaatsvervangende leden worden door de Regering voor vier jaar benoemd op basis van de voordrachten.

§ 4 - Onder de leden van de Adviescommissie benoemt de Regering een voorzitter voor een eerste periode van twee jaar en een andere voor de laatste twee jaren. Het mandaat van voorzitter wordt toegewezen aan een lid van de Adviescommissie dat in een bejaardentehuis of in een rust- en verzorgingstehuis werkt, als de uittreedende voorzitter in een thuishulpdienst werkte."

Art. 18. Artikel 14 van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Art. 14 - In alle reglementaire teksten die op de dag van de inwerkingtreding van het programmadecreet van 15 maart 2010 van toepassing zijn, worden de woorden "Adviescommissie voor de opvangvoorzieningen voor bejaarden" vervangen door de woorden "Adviescommissie voor de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en voor de thuishulp".

Afdeling 4. — Woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en psychiatrische verzorgingstehuizen

Art. 19. Artikel 13 van het decreet van 4 juni 2007 betreffende de woon-, begeleidings- en verzorgingsstructuren voor bejaarden en de psychiatrische verzorgingstehuizen wordt met een derde lid aangevuld, luidende :

“Bovendien kan de Regering externe deskundigen ermee belasten een zorgaanbieder en een psychiatrisch verzorgingstehuis te verifiëren en erover een advies uit te brengen. In dit geval beschikken de gemachtigde deskundigen over de bevoegdheden vermeld in de leden 1 en 2.”

HOOFDSTUK 2. — *Gemeenschapscentra*

Art. 20. Artikel 8ter, § 1, van het decreet van 20 december 1999 tot wijziging van het decreet van 21 januari 1991 houdende afschaffing en reorganisatie van begrotingsfondsen en tot oprichting van een “ Sport-, Freizeit- und Touristikzentrum Worriken ” (Sport-, Vrijtijds- en Toerismecentrum van Worriken), dienst met autonoom beheer, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt vervangen als volgt :

“ § 1 - Elk centrum heeft een adviesraad. Hebben meerdere centra hun zetel in dezelfde gemeente, dan wordt slechts één adviesraad opgericht.

De adviesraden moeten volgende opdrachten vervullen :

1° de directie raad geven in alle vraagstukken qua beheer, o.a. inzake aanbod- en productontwikkeling, financiën en personeel;

2° de Regering raad geven in alle vraagstukken m.b.t. het centrum.”

Art. 21. Artikel 8ter, § 2, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006, wordt met een derde streepje aangevuld, luidende :

“- de duur van het mandaat van de adviesraden stemt overeen met de duur van de zittingsperiode van het Parlement van de Duitstalige Gemeenschap.”

Art. 22. Artikel 8ter, § 3, van hetzelfde decreet, ingevoegd bij het decreet van 3 februari 2003 en gewijzigd bij het decreet van 16 juni 2008, wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 3. — *Culturele Aangelegenheden*

Art. 23. Artikel 10, § 1, lid 3, van het decreet van 23 maart 1992 houdende toekenning van toelagen voor de personeelskosten van de erkende creatieve ateliers alsook van de erkende jeugdorganisaties, jeugdcentra en jeugddiensten, vervangen bij de het decreet van 14 december 1998 en gewijzigd bij het decreet van 20 februari 2006, wordt aangevuld als volgt : “De erkende jeugdcentra die vóór de inwerkingtreding van hun opdracht voor aanneming van diensten recht hadden op de subsidiering van meer dan één voltijdse betrekking van animator genieten dit recht verder tijdens de hele duur van de opdracht.”

Art. 24. In de artikelen 1 en 2 van het decreet van 17 februari 2003 betreffende de erkenning en bevordering van de verfraaiingscomités, verenigingen voor het vreemdelingenverkeer en van de koepelverenigingen ervan, alsmede van de informatiebureaus en informatiepunten wordt de bepaling onder 4° telkens opgeheven.

Art. 25. (betreft slechts de Duitse tekst).

HOOFDSTUK 4. — *Monumentenzorg*

Art. 26. In artikel 13, § 3, van het decreet van 23 juni 2008 betreffende de bescherming van monumenten, klein erfgoed, ensembles en landschappen en betreffende de opgravingen worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° lid 1 wordt aangevuld met een bepaling onder 4°, luidende :

“4° voorzover zij bestaan, architectuurplannen m.b.t. de veranderingswerken.”;

2° in het tweede lid wordt de volgende zin na de eerste zin ingevoegd : “Bovendien kan de Regering andere documenten eisen.”;

3° in het derde lid worden de woorden “ na de betekening van de aanvraag aan de Regering” vervangen door de woorden “nadat de Regering de aanvraag heeft betekend”.

Art. 27. Artikel 13, § 6, van hetzelfde decreet wordt aangevuld met de woorden “en van het gemeentecollege”.

HOOFDSTUK 5. — *Infrastructuur*

Art. 28. In artikel 15, lid 3, van het decreet van 18 maart 2002 betreffende de infrastructuur worden de woorden “euro 400.000” vervangen door “500.000 EUR”.

Art. 29. Artikel 42 van hetzelfde decreet wordt opgeheven.

HOOFDSTUK 6. — *Lokale Besturen*

Art. 30. In artikel 1, lid 1, van het decreet van 20 december 2004 houdende organisatie van het gewone administratieve toezicht op de gemeenten van het Duitse taalgebied worden de woorden “de intercommunalen die uitsluitend uit gemeenten van het Duitse taalgebied zijn samengesteld,” ingevoegd na de woorden “autonome gemeentebedrijven,”.

Art. 31. In artikel 2, 2°, van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 19 mei 2008, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden “het college van burgemeester en schepenen” worden vervangen door de woorden “het gemeentecollege”;

2° het woord “alsmede” wordt vervangen door een komma en de woorden “alsmede de raad van beheer en de algemene vergadering van de intercommunalen” worden ingevoegd na het woord “gemeentebedrijven”.

Art. 32. In artikel 7 van hetzelfde decreet, gewijzigd bij het decreet van 27 april 2009, worden de volgende wijzigingen aangebracht :

1° de woorden "en van de raad van beheer van de intercommunalen" worden ingevoegd na het woord "kerkfabriek";

2° het artikel wordt aangevuld met een tweede lid, luidende :

"Bovendien zendt de raad van beheer van de intercommunalen de oproepingsbrief voor de algemene vergadering met de desbetreffende agenda aan de Regering toe, en dit tegelijk met de oproepingsbrief aan de leden."

Art. 33. Artikel 8, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"Onverminderd de toepassing van artikel 7 en van hoofdstuk III zendt de betrokken ondergeschikte overheid, binnen veertien dagen na de besluitvorming, een kopie van de beslissingen m.b.t.

1° gemeentelijke belastingen en heffingen;

2° vastlegging van de gemeentelijke dotatie voor de politiezone;

3° afsluiting van leningen;

4° nieuwe verdeling van de financiële lasten van de afgesloten leningen;

5° verstrekking van borgstellingen;

6° uitgaven wegens dringende en onvoorzienbare omstandigheden aan de Regering toe."

Art. 34. Artikel 12, 1° à 3°, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"1° de begrotingen, de begrotingswijzigingen en de overdracht van uitgavenkredieten;

2° de personeelsformatie en het administratief en geldelijk statuut van de personeelsleden;

3° de rekeningen;"

Art. 35. Artikel 14, lid 1, van hetzelfde decreet wordt vervangen als volgt :

"De Regering mag een bijzondere commissaris aanwijzen wanneer de ondergeschikte overheid verzuimt de aangevraagde inlichtingen en elementen te verstrekken of de voorschriften uit te voeren die door de wetten - behalve de wet van 7 december 1998 tot organisatie van een geïntegreerde politiedienst, gestructureerd op twee niveaus, en de uitvoeringsbesluiten ervan -, decreten, besluiten, regelingen of statuten, of een in kracht van gewijsde getreden rechterlijke beslissing bepaald zijn."

Art. 36. Artikel 29, § 1, lid 2, van het decreet van 19 mei 2008 betreffende de materiële organisatie en de werking van de erkende erediensten wordt aangevuld met volgende woorden : "behalve als de zo berekende som minder dan 300 EUR bedraagt."

Art. 37. In artikel 38, lid 1, van hetzelfde decreet worden de woorden "of na afloop van de in artikel 36, lid 2, bepaalde termijn" ingevoegd na de woorden "van de gemeenteraad".

HOOFDSTUK 7. — Slotbepalingen

Art. 38. De artikelen 12-18 treden in werking op 14 oktober 2010.

Artikel 23 heeft uitwerking op 1 januari 2008.

Artikel 29 treedt in werking op 1 januari 2011.

Artikel 36 heeft uitwerking op 1 januari 2010.

Wij kondigen dit decreet af en bevelen dat het door het *Belgisch Staatsblad* wordt bekendgemaakt.

Eupen, 15 maart 2010.

K.-H. LAMBERTZ,

Minister-President, Minister van Lokale Besturen

O. PAASCH,

Minister van Onderwijs, Opleiding en Werkgelegenheid

Mevr. I. WEYKMANS,

Minister van Cultuur, Media en Toerisme

H. MOLLERS,

Minister van Gezin, Gezondheid en Sociale Aangelegenheden

Nota

Zitting 2009-2010

Parlementaire stukken : N° 1 Voorstel

N° 2 Voorstellen tot wijziging

N° 3 Verslag (+ Erratum)

Integraal verslag : 15 maart 2010 Nr. 9 Bespreking en aanneming